



Worauf es ankommt

2.-4. April 2025
Congress Center Rosengarten
Mannheim

Älterwerden in Deutschland – ein Stimmungsbild zur internationalen Altenpolitik

Verantwortlich: BAGSO-Geschäftsstelle Internationale Altenpolitik und FOGS – Gesellschaft für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich mbH

Mitwirkende:

- Dr. Heidrun Mollenkopf, BAGSO-Vorstandsmitglied
- Kim Elaine Singfield, wissenschaftliche Mitarbeiterin, FOGS

Rund 50 Teilnehmende diskutierten über zentrale Zukunftsthemen des Älterwerdens und die Bedingungen eines guten Lebens im Alter. Die Veranstaltung war Teil eines Beteiligungsprozesses zur Weiterentwicklung der Implementierungsstrategie für die Umsetzung des Zweiten Weltaltenplans der Vereinten Nationen. Diskussionsgrundlage waren sechs Themenfelder, die in einer Umfrage der BAGSO als zentrale Herausforderungen identifiziert wurden: Frieden und Demokratie, medizinische Versorgung, finanzielle Absicherung, Wohnsituation, Lebenshaltungskosten und gesellschaftlicher Wandel. In zwei Gesprächsrunden tauschten die Teilnehmenden an Thementischen Ideen und Erfahrungen aus und formulierten klare politische Handlungsvorschläge.

Frieden und Demokratie wurden als Fundament für gesellschaftliche Teilhabe erkannt. Es wurden stärkere politische Bildungsangebote, mehr Beteiligungsmöglichkeiten – etwa durch Seniorenmitwirkungsgesetze – sowie eine transparente, verständliche politische Kommunikation gefordert. Internationale Austauschformate wurden als Bereicherung hervorgehoben.

Im Bereich der **medizinischen Versorgung** wurde nicht nur über die medizinische Versorgung, sondern über die gesamte Gesundheitsversorgung diskutiert. Betont wurden

strukturelle Defizite wie das Stadt-Land-Gefälle, Zugangshürden durch Armut und die mangelnde Erreichbarkeit von Haus- und Fachärzten, insbesondere der Geriatrie. Gefordert wurden der Ausbau gemeindenaher Strukturen sowie die rechtliche Verankerung neuer Versorgungsrollen wie Community Health Nurses (CHN). Außerdem sollten digitale Lösungen und interdisziplinäre Netzwerke gestärkt werden.

Zur **finanziellen Absicherung** benannten die Teilnehmenden unzureichende Renten, insbesondere für Frauen, die zu Altersarmut führen, sowie die Belastung durch hohe Eigenanteile in der Pflege als zentrale Probleme. Kritisiert wurden die Rentenbesteuerung und das aktuell fragmentierte Rentensystem. Gefordert wurden: ein solidarisches Rentensystem, in das alle Berufsgruppen einzahlen sowie eine Grundsicherung im Alter, die insbesondere Frauen und pflegende Angehörige besser absichert.

Hinsichtlich der **Wohnsituation** wurde auf eine hohe Mietbelastung und die fehlende Förderung alternativer Wohnformen hingewiesen. Um bezahlbaren, barrierefreien Wohnraum und neue Wohnformen wie Mehrgenerationenwohnen, Alters-WGs oder gemeinschaftliches Wohnen zugänglicher zu gestalten, wurde eine Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen gefordert. Außerdem wurden mehr niedrigschwellige Beratungsangebote eingefordert.

In der Diskussion über die **Lebenshaltungskosten** wurde der Wunsch nach einer funktionierenden Mietpreisbremse, einer Mindestrente und der Deckelung von Energiepreisen deutlich. Auch das Thema Mobilität spielte bei dieser Diskussion eine zentrale Rolle. Gefordert wurden kostenlose Verkehrstickets ab 70 Jahren sowie neue Mobilitätsangebote wie Bürgerbusse, insbesondere in ländlichen Räumen. Zudem wurden Maßnahmen zur Förderung des sozialen Zusammenhalts, etwa durch Treffpunkte oder Foodsharing-Initiativen, als wichtig erachtet.

Als wahrgenommene **gesellschaftliche Veränderungen** wurden ein zunehmender Rückzug ins Private, der Verlust von Gesprächskultur – auch aufgrund der Digitalisierung – sowie ein Auseinanderdriften der Gesellschaft genannt. Die Teilnehmenden betonten die Bedeutung von Medienkompetenz, generationenübergreifender Bildung, zivilgesellschaftlichem Engagement sowie der Vermittlung gemeinsamer Werte und Solidarität.